

Erläuterungen zu den Änderungen der AHVV auf 1. Januar 2015

Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c

(Begriff des Erwerbseinkommens/Leistungen von Fürsorgeeinrichtungen)

In Artikel 6 Absatz 2 AHVV werden Einkünfte aufgeführt, die kein Erwerbseinkommen darstellen und somit nicht der AHV-Beitragspflicht von erwerbstätigen Versicherten unterliegen, so unter anderem auch die Leistungen von Fürsorgeeinrichtungen (Buchstabe c). Darunter sind das Gemeinwesen (Sozialhilfe) und Hilfsorganisationen wie zum Beispiel Pro Juventute, kirchliche Organisationen und Pro Infirmis zu verstehen.

Da solche Leistungen grundsätzlich keinen Bezug zu einer Erwerbstätigkeit aufweisen, stellen sie auch ohne ausdrückliche Ausnahmebestimmung kein Erwerbseinkommen dar. Bei Sozialhilfeleistungen oder bei finanziellen Direkthilfen (z.B. von Pro Infirmis) ist der fehlende Bezug zur Erwerbstätigkeit offensichtlich, weshalb diese Leistungen von vornherein nicht zum Erwerbseinkommen gehören und auch keine Ausnahmeregelung erfordern. Die bisherige Regelung hat zwar nicht direkt geschadet, sie hat jedoch immer wieder Anlass zu Fragen und Missverständnissen geboten. Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit einer solchen Regelung und im Sinne von verbesserter Transparenz liegt eine Aufhebung des Buchstabens c nahe.

Artikel 8^{ter} und Artikel 8^{quater}

(Sozialleistungen bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen und Härtefallleistungen)

Artikel 5 Absatz 4 AHVG ermächtigt den Bundesrat Sozialleistungen sowie anlässlich besonderer Ereignisse erfolgende Zuwendungen eines Arbeitgebers an seine Arbeitnehmer vom Einbezug in den massgebenden Lohn auszunehmen. Den Materialien ist zu entnehmen, dass der Gesetzgeber bei der Schaffung von Artikel 5 Absatz 4 AHVG namentlich Leistungen des Arbeitgebers, „die zur Behebung einer vorübergehenden Notlage eines [Arbeitnehmers] erbracht werden (zum Beispiel Lohnausfallentschädigungen bei Krankheit oder Militärdienst, Kindbettunterstützungen usw.)“, im Fokus hatte (BBl 1946 II 391). Dabei versprach der Bundesrat, von der Ermächtigung nur „zurückhaltend Gebrauch machen“ zu wollen. Gestützt auf die Ermächtigung in Artikel 5 Absatz 4 hat der Bundesrat in der Zwischenzeit die Artikel 8, 8^{bis} und 8^{ter} AHVV erlassen.

Die SGK-NR kam anlässlich der Beratung der parlamentarischen Initiative Pelli „Stärkung der Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen“ (11.457) zum Schluss, dass auch bei der AHV-Beitragspflicht ein gewisser Handlungsbedarf gegeben ist. So sollen die Sozialleistungen des Arbeitgebers an seine Arbeitnehmenden, darunter auch die in diesem Rahmen gewährten Ermessensleistungen von Wohlfahrtsfonds noch weitergehend von der Beitragspflicht ausgenommen werden. Mit der Motion 13.3664 wurde der Bundesrat beauftragt, konkret einerseits die Höhe der beitragsfreien Leistungen in Artikel 8^{ter} hinaufzusetzen und andererseits eine neue Ausnahmeregelung für Härtefallleistungen zu schaffen, welche nicht im engeren Sinn als Sozialleistungen nach den Artikeln 8^{bis} und 8^{ter} AHVV betrachtet werden können.

Bei der Umsetzung der Motion berücksichtigt der Bundesrat die dargelegte Absicht des Gesetzgebers und hält sich an den Rahmen der bestehenden Delegationsnorm.

Artikel 8^{ter} Absatz 1

(Sozialleistungen bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen)

Artikel 8^{ter} AHVV, welcher die beitragsfreien Entlassungentschädigungen definiert, wurde letztmals per 1. Januar 2008 revidiert. Damals wurden aus dem alten Artikel 8^{ter} AHVV zwei neue Bestimmungen (Art. 8^{bis} und 8^{ter}) geschaffen. Die maximale Höhe der beitragsfreien Leistung wurde vor dem Hintergrund von Artikel 5 Absatz 4 AHVG auf die doppelte maximale jährliche Altersrente festgesetzt. In den damaligen Erläuterungen wurde ausdrücklich mit Verweis auf die Absicht des Gesetzgebers festgehalten, dass die relativ restriktive betragliche Limitierung verbunden ist mit dem gesetzlichen Begriff „Sozialleistungen“.

Die Motion der SGK-NR verlangt eine Revision des Artikels 8^{ter} Absatz 1 AHVV dahingehend, als Leistungen bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen neu bis zum viereinhalblichen Betrag der maximalen jährlichen Altersrente vom massgebenden Lohn ausgenommen werden und damit beitragsbefreit wären. Diesem ausdrück-

lichen Auftrag entsprechend wird der vom massgebenden Lohn ausgenommene Maximalbetrag bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen von der doppelten maximalen Altersrente (zurzeit 56 160 Franken) auf die viereinhalb fache maximale Altersrente (neu 126 900 Franken) erhöht.

Die Höhe der zu erwartenden Beitragsausfälle für die AHV sind kaum schätzbar, sie bleiben aber auf den spezifischen Anwendungsbereich von Art. 8^{ter} AHVV beschränkt.

Artikel 8^{quater}

(Härtefallleistungen)

Gemäss der Motion 13.3664 sollen neu auch Leistungen für sogenannte Härtefälle, die nicht unter den Anwendungsbereich der Artikel 8^{bis} und 8^{ter} AHVV fallen, von der Beitragspflicht befreit werden. Faktisch werden solche Leistungen wohl heute schon oft nicht mit Beiträgen belastet. Für die geltende Praxis soll daher eine Grundlage auf Verordnungsebene geschaffen werden.

Leistungen eines Arbeitgebers oder eines Wohlfahrtsfonds, welche die Linderung einer Notsituation zum Zweck haben, sind grundsätzlich positiv zu würdigen. Deshalb sollen sie gemäss der Motion 13.3664 auch von der Beitragspflicht entlastet werden. Dies kann auch im Sinne des Arbeitnehmers sein, welcher in einer Notsituation allenfalls auch auf die „eingesparten“ Beiträge angewiesen ist. Gegenteilig darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese fehlende Beitragsentrichtung sich allenfalls negativ auf eine spätere Sozialversicherungsleistung auswirken könnte, weshalb die Bestimmung restriktiv auszustalten ist.

Gestützt auf Artikel 5 Absatz 4 AHVG können Leistungen nur vom Einbezug in den massgebenden Lohn ausgenommen werden, wenn sie einen sozialen Charakter aufweisen. Dies bedeutet, dass die Bestimmung einerseits im Einzelfall flexibel angewandt werden können muss, um Härtefälle möglichst zu vermeiden oder zu lindern, andererseits aber klarerweise eine Sozialleistung im Vordergrund steht und dies bereits eine restriktive Handhabung impliziert.

Insofern sich die Bestimmung auf besondere Ausnahmesituationen bezieht, dürften die finanziellen Auswirkungen – welche nicht geschätzt werden können – eher bescheiden sein. Dies umso mehr als es sich um wenige Fälle handeln dürfte und vermutlich bereits heute in der Praxis in solchen Fällen oft auf eine Beitragserhebung verzichtet wird. Zugleich drängt sich aber eine restriktive Auslegung der Ausnahmebestimmung auf, um die Entstehung von Schlupflöchern, welche dann zu höheren Verlusten für die AHV führen könnten, auszuschliessen.

Absatz 1

Unterstützungsleistungen von Arbeitgebenden und von Wohlfahrtsfonds sind gemäss Absatz 1 vom massgebenden Lohn ausgenommen, wenn sie einerseits ausserordentlich sind und andererseits zur Linderung einer finanziellen Not des Arbeitnehmenden ausgerichtet werden. Die Leistung muss einen fürsorglichen Charakter haben und kann neben der Linderung auch der Behebung oder Vorbeugung einer finanziellen Not dienen. Die Ausserordentlichkeit der Leistung schliesst insbesondere regelmässige, nicht härtefallbedingte Lohnnebenleistungen von der Beitragsbefreiung aus. Dreh- und Angelpunkt ist die finanzielle Not, welche auf schwierige Umstände zurückzuführen sein muss. Neben den in der Bestimmung aufgeführten üblichen Problemkreisen sind auch anderweitige schwierige Umstände, welche zu einer finanziellen Not führen, denkbar. Da eine Unterstützungsleistung nur insoweit vom beitragspflichtigen Einkommen ausgenommen werden kann, als sie zur Linderung der finanziellen Not notwendig ist, ist indirekt immer auch eine Limitierung bezüglich der Höhe der beitragsfreien Leistung gegeben.

Absatz 2

Eine finanzielle Not kann nach Absatz 2 nur dann vorliegen, wenn der Existenzbedarf nicht gesichert ist. Eine Existenzbedarfssicherung impliziert einen gewissen erweiterten Handlungsspielraum und setzt unter anderem nicht voraus, dass der Existenzbedarf bereits unterschritten ist. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass Leistungen zum Erhalt eines hohen Lebensstandards nicht in den Anwendungsbereich der Bestimmung fallen können. Der Existenzbedarf soll als Richtwert dienen. Eine detaillierte, komplexe Berechnung muss nicht regelmässig in jedem Fall vorgenommen werden. Die Ausgleichskasse soll eine solche aber gezielt vornehmen, wenn es sich im Einzelfall als notwendig erweist. Eine mögliche Existenzbedarfsbestimmung und Auslegungshilfe stellt die Berechnung der grossen Härte im Sinne von Artikel 5 ATSV dar.

Absatz 3

Aufgrund von Artikel 28 ATSG sind die Versicherten und ihre Arbeitgeber verpflichtet, beim Vollzug der Sozialversicherungsgesetze unentgeltlich mitzuwirken. Erforderlich sind alle Auskünfte und Unterlagen, welche die jeweilige Ausgleichskasse benötigt, um beurteilen zu können ob eine finanzielle Not der Arbeitnehmenden vorliegt. Diese Auskünfte müssen der Ausgleichskasse nicht systematisch in jedem Fall, sondern je nach Bedarf gezielt erteilt werden. Absatz 3 hält fest, dass die Pflicht zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte sowohl den Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmenden trifft.

Artikel 21 Absatz 1

(Sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende)

Die obere Grenze der sinkenden Skala wird an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Art. 1 Verordnung 15), was eine entsprechende Änderung von Absatz 1 erfordert. Gleichzeitig sind auch die einzelnen Stufen innerhalb der Skala neu festzusetzen. Der systematische Aufbau der sinkenden Skala wird dabei beibehalten.

Artikel 34d Absatz 2 Buchstaben a und b

(Geringfügiger Lohn)

Absatz 2

Der bisherige Absatz 2 wird aufgrund der Einführung einer Neuregelung aufgeteilt sowie und ergänzt. Der neue Buchstabe a enthält nebst der bisherigen Grundregelung für die Beitragsentrichtung auf Löhnen in Privathaushalten eine Neuregelung, welche jugendliche Arbeitnehmende von der Beitragspflicht auf geringfügigen, in Privathaushalten erzielten Löhnen befreit. Diese Anpassung gründet im Auftrag der Motion Schneider-Schneiter 14.3126 „Babysitting und Hausdienstarbeit. Befreiung von AHV-Beiträgen“, welche zum Ziel hat, Privathaushalte für geringe und unregelmässige Beschäftigungen von administrativen Aufwendungen zu entlasten, welche in einem Missverhältnis zum daraus resultierenden sozialen Nutzen stehen. Bei Jugendlichen stellen solche Tätigkeiten in aller Regel eine kleine Nebenbeschäftigung („Sackgeldjobs“) dar, weshalb eine zusätzliche Beitragserhebung zwecks besserem Versicherungsschutz nicht erforderlich ist.

Die Alterslimite wird in Analogie zur im Sozialversicherungsrecht existierenden Altersbegrenzung auf 25 Jahre festgesetzt (Art. 34d Abs. 2 Bst. a Ziff. 1): So müssen z.B. nichterwerbstätige Studierende bis zum 25. Altersjahr nur den Mindestbeitrag entrichten (Art. 10 Abs. 2 lit. a AHVG). Auch die Waisenrente richtet sich nach dieser Altersgrenze (Art. 25 Abs. 5 AHVG). Es handelt sich auch um diejenige Alterslimite, welche im Rahmen der Ausbildungszulagen gilt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die meisten jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren ihre Erstausbildung beendet haben und dass erst nachher Löhne erzielt werden, welche für die Rentenbildung ins Gewicht fallen.

Die Einkommensgrenze wird auf 750 Franken pro Kalenderjahr festgesetzt (Art. 34d Abs. 2 Bst. a Ziff. 2). Damit sollen nur geringe Entgelte im Sinne von Sackgeldjobs von der Beitragspflicht ausgenommen werden. Für die übrigen, in Privathaushalten beschäftigten Personen, muss hingegen ausnahmslos abgerechnet werden, um ihnen eine ausreichende Vorsorge der ersten Säule zu garantieren.

Absatz 2 Buchstabe b

Die Regelung für Kulturschaffende bleibt materiell unverändert, wird aber im neuen Buchstaben b von Absatz 2 geregelt.

Artikel 131 Absatz 1 und 1^{bis}

(Verfahren für die Übertragung weiterer Aufgaben)

Absatz 1

Redaktionelle Anpassung des französischen Textes.

Absatz 1^{bis}

Die Bestimmung regelt das neu eingeführte und mit den Weisungen über die Übertragung weiterer Aufgaben (WÜWA, gültig per 01.01.2014) beschriebene kollektive Gesuchsverfahren für übertragene Aufgaben. Das Verfahren wurde auf Wunsch der Verbandsausgleichskassen eingeführt und vereinfacht das Prozedere sowohl für

die Ausgleichskassen als auch für das Bundesamt erheblich. Das kollektive Gesuch, das vom Kanton eingereicht wird, sofern er gestützt auf einen kantonalen Erlass eine Aufgabe an alle im Kanton tätigen Ausgleichskassen übertragen will, wird kollektiv für alle Kassen bewilligt.

Im kollektiven Verfahren werden den einzelnen Kassen keine Verfügungen über die Bewilligung für die übertragenen Aufgaben zugestellt. Deshalb werden die Verfügungen über die Bewilligung der kollektiv übertragenen Aufgaben auf der Informationsplattform AHV/IV und auf der Vollzugsseite Sozialversicherungen des BSV publiziert.

Artikel 148^{bis}

(Journal über den Geldverkehr)

Der Geldausweis gemäss dem bisherigen Artikel 148^{bis} AHVV wurde abgeschafft. Stattdessen führen die Ausgleichskassen ein Journal über die Ermittlung der verfügbaren Fondsgelder als auch über die Ablieferung an die Zentrale Ausgleichsstelle ZAS. Dieses Journal wurde in der Randziffer 1004 der Weisungen über Buchführung und Geldverkehr der Ausgleichskassen (WBG) eingeführt. Diese Praxisänderung soll nun auf Verordnungsebene verankert werden.

Artikel 159

(Grundsatz)

Die Ausgleichskassen werden zweimal jährlich revidiert, einmal im Laufe des Geschäftsjahres und einmal nach Abschluss des Geschäftsjahres. Die Revision im Laufe des Geschäftsjahres wird jedoch heutzutage, genauso wie die Revision nach Ende des Geschäftsjahres, angekündigt. Die Praxis der unangemeldeten Revision ist nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr notwendig. Deshalb wird das Wort „unangemeldet“ aus dem Artikel 159 AHVV gestrichen.

Commentaire des modifications du RAVS au 1^{er} janvier 2015

Article 6, alinéa 2, lettre c

(Notion du revenu provenant d'une activité lucrative/Prestations d'institutions d'assistance et de secours)

L'art. 6, al. 2, RAVS énumère des revenus qui ne constituent pas un revenu d'une activité lucrative et qui, partant, ne sont pas soumis à cotisations en tant que tels. Dans cette liste figurent notamment les prestations d'institutions d'assistance et de secours (let. c). Sont considérées comme institutions d'assistance et de secours les institutions d'assistance publiques et privées, comme la collectivité publique (aide sociale), le Don national suisse, Pro Juventute et Pro Infirmis.

Etant donné que de telles prestations ne sont pas, à la base, liées à une activité lucrative, elles ne constituent pas non plus un revenu d'une activité lucrative ; il n'est pas besoin, à cette fin, d'une exception expresse. S'agissant des prestations de l'aide sociale ou d'aides financières directes (p. ex. de Pro Infirmis), l'absence d'un lien avec une activité lucrative est manifeste, c'est pourquoi ces prestations ne sont pas comprises dans le revenu d'une activité lucrative et qu'elles ne nécessitent pas une exception spéciale. Certes, la réglementation en vigueur jusqu'à ce jour n'a pas directement nui, mais elle a régulièrement suscité des questions et prêtait à malentendu. Cette réglementation n'étant pas indispensable, la lettre c est abrogée, ce qui contribuera également à une plus grande transparence.

Articles 8^{ter} et 8^{quater}

(Prestations sociales lors de la résiliation des rapports de travail pour des impératifs d'exploitation et prestations versées dans des cas de rigueur)

L'art. 5, al. 4, LAVS confère au Conseil fédéral la compétence d'excepter du salaire déterminant les prestations sociales, ainsi que les prestations d'un employeur à ses employés ou ouvriers lors d'événements particuliers. Il ressort des travaux préparatoires que, dans le cadre de la rédaction de l'art. 5, al. 4, LAVS, le législateur ciblait, notamment, les prestations sociales d'un employeur « destinées à aider les employés et ouvriers se trouvant passagèrement dans la gêne (allocations pour perte de salaire en cas de maladie, de service militaire, d'accouchement, etc.) » (FF 1946 II 379). Le Conseil fédéral promettait alors qu'il ne ferait qu'un « usage très restreint » de cette compétence. Entretemps, le Conseil fédéral a édicté les art. 8, 8^{bis} et 8^{ter} sur la base de la délégation de l'art. 5, al. 4, LAVS.

Au cours des débats relatifs à l'initiative parlementaire Pelli « Permettre aux fonds de bienfaisance de jouer leur rôle » (11.457), la CSSS-N est arrivée à la conclusion qu'il y avait aussi un certain besoin d'agir au niveau de l'obligation de cotiser à l'AVS. Il est ainsi prévu d'exempter dans une plus large mesure de l'obligation de cotiser les prestations sociales de l'employeur à ses employés, y compris les prestations discrétionnaires de fonds de bienfaisance versées dans ce cadre. La motion CSSS-N 13.3664 charge concrètement le Conseil fédéral, d'une part, d'augmenter le montant des prestations libres de cotisations prévu à l'art. 8^{ter} RAVS et, d'autre part, de prévoir une nouvelle exception pour les prestations versées dans des cas de rigueur qui ne peuvent pas être considérées comme des prestations sociales au sens strict selon les art. 8^{bis} et 8^{ter} RAVS.

Lors de la mise en œuvre de la motion, le Conseil fédéral tient compte de ladite volonté du législateur et s'en tient au cadre posé par la norme de délégation.

Article 8^{ter}, al. 1

(Prestations sociales lors de résiliation des rapports de travail pour des impératifs d'exploitation)

La dernière révision de l'art. 8^{ter} RAVS qui définit les indemnités de départ libres de cotisations remonte au 1^{er} janvier 2008. A l'époque, deux nouveaux articles (8^{bis} et 8^{ter}) avaient été créés à partir de l'ancien art. 8^{ter} RAVS. Dans le contexte de l'art. 5, al. 4, LAVS, le montant maximal pour l'exemption des prestations avait été fixé au double de la rente de vieillesse annuelle maximale. Se référant à la volonté du législateur, le commentaire précisait alors expressément que la limitation assez restrictive du montant était liée à la notion légale de « prestations sociales ».

La motion de la CSSS-N demande que l'art. 8^{ter}, al. 1, RAVS soit remanié de sorte que les indemnités versées en cas de licenciement pour des impératifs d'exploitation soient désormais exceptées du salaire déterminant, et, de ce fait, de l'obligation de cotiser, jusqu'à un montant maximal de quatre fois et demie la rente de vieillesse annuelle maximale. Conformément à ce mandat, le montant maximal libre de cotisations, en cas de licenciement pour des impératifs d'exploitation, est relevé du double de la rente de vieillesse annuelle maximale (actuellement 56 160 francs) à quatre fois et demie la rente de vieillesse annuelle maximale (dorénavant 126 900 francs).

Il n'est guère possible d'évaluer le montant probable des pertes de cotisations pour l'AVS. Elles se confinent toutefois au champ d'application spécifique de l'art. 8^{ter} RAVS.

Article 8^{quater}

(Prestations versées dans des cas de rigueur)

La motion 13.3664 prévoit que les prestations versées dans des « cas de rigueur » qui ne tombent pas dans le champ d'application des art. 8^{bis} et 8^{ter} RAVS soient désormais également exemptes de cotisations. En pratique, il est probablement déjà actuellement courant que de telles prestations ne soient pas soumises à cotisations. Il s'agit donc de créer une base légale au niveau du règlement pour la pratique actuelle.

En règle générale, il convient d'apprécier de manière positive les prestations versées par l'employeur ou un fonds de bienfaisance afin d'atténuer une situation de détresse. C'est pour cette raison que la motion 13.3664 vise également à les libérer de l'obligation de cotiser. Une telle exemption peut aussi être dans l'intérêt du salarié qui, dans une situation de détresse, a éventuellement besoin des cotisations « épargnées ». A l'inverse, il faut garder à l'esprit que les cotisations manquantes risquent éventuellement de se répercuter négativement sur les prestations sociales ultérieures, raison pour laquelle il convient de rédiger la disposition de façon restrictive.

Conformément à l'art. 5, al. 4, LAVS, seules les prestations présentant un caractère social peuvent être exemptées du salaire déterminant. Ceci signifie, d'une part, que la disposition doit pouvoir s'appliquer de façon flexible au cas d'espèce, pour éviter ou atténuer au mieux les situations de détresse, mais que, d'autre part, l'accent doit être mis de manière claire sur le caractère social de la prestation, ce qui implique déjà une mise en œuvre restrictive.

Dans la mesure où la disposition concerne des situations exceptionnelles, les répercussions financières – qui ne peuvent pas être évaluées – devraient rester relativement modestes. Ceci d'autant plus qu'il devrait s'agir de cas peu nombreux et qu'en pratique, il est probablement déjà courant, aujourd'hui, de renoncer à percevoir des cotisations dans de tels cas. Mais en même temps, une interprétation restrictive de cette disposition d'exception s'impose afin d'exclure des failles susceptibles d'entraîner des pertes bien plus élevées pour l'AVS.

Alinéa 1

Les prestations d'assistance de l'employeur ou d'un fonds de prévoyance sont exemptées du salaire déterminant selon l'al. 1, à condition d'être extraordinaires, d'une part, et d'avoir pour but d'atténuer une situation de détresse financière du salarié, d'autre part. La prestation doit répondre à un besoin d'assistance et elle peut viser, non seulement, à atténuer la détresse financière, mais aussi à y remédier ou à la prévenir. Le caractère extraordinaire de la prestation exclut, en particulier, du champ d'application de cette disposition les prestations régulières, sans lien avec une situation de détresse. La détresse financière, découlant de circonstances difficiles, constitue l'élément central de cette disposition. Hormis les problèmes usuels cités dans la disposition, d'autres types de problèmes aboutissant à une situation de détresse sont envisageables. La prestation d'assistance ne pouvant être exemptée que dans la mesure où elle est indispensable à l'atténuation de la détresse financière, la présente réglementation limite toujours indirectement le montant pouvant être libre de cotisations.

Alinéa 2

Il n'y a détresse financière au sens de l'al. 2 que lorsque la couverture des besoins vitaux n'est pas assurée. « Assurer » les besoins vitaux implique une certaine marge de manœuvre et ne présuppose notamment pas que le salarié ne dispose déjà plus des moyens nécessaires pour subvenir à ses besoins vitaux. En même temps, il est clair aussi que des prestations servant à maintenir un train de vie élevé sont exclues du champ d'application de la disposition. La notion de besoin vital doit servir de valeur indicative. Il n'y a pas lieu de recourir régulièrement à un calcul complexe et détaillé dans tous les cas. La caisse de compensation doit effectuer un tel calcul détaillé mais de façon ciblée, lorsque cela s'avère nécessaire dans un cas concret. Le calcul relatif à la situation difficile

au sens de l'art. 5 OPGA se présente comme une option envisageable pour déterminer les besoins vitaux et pourrait ainsi servir d'aide à l'interprétation.

Alinéa 3

En vertu de l'art. 28 LPGA, les assurés et les employeurs doivent collaborer gratuitement à l'exécution des différentes lois sur les assurances sociales. Sont indispensables tous les renseignements et tous les documents nécessaires à la caisse de compensation compétente pour pouvoir apprécier si le salarié se trouve dans une situation de détresse financière. Ces renseignements ne doivent pas être fournis systématiquement à la caisse de compensation dans chaque cas, mais de façon ciblée, sur requête. Selon l'al. 3, l'obligation de fournir les renseignements utiles à la caisse de compensation incombe tant aux employeurs qu'aux salariés.

Article 21, alinéa 1

(Barème dégressif des cotisations des personnes exerçant une activité indépendante)

La limite supérieure du barème dégressif est adaptée en fonction de l'évolution des salaires et des prix (cf. art. 1 de l'Ordonnance 15), ce qui entraîne une modification de l'al. 1. Les divers échelons du barème doivent être adaptés simultanément. La structure du barème n'est toutefois pas modifiée.

Art. 34d, al. 2, let. a et b

(Salaire de minime importance)

Alinéa 2

En raison de l'introduction d'une nouvelle réglementation, l'al. 2 doit être subdivisé et complété. En plus de la règle actuelle régissant le prélèvement de cotisations sur les salaires versés par des ménages privés, le nouvel al. 2, let. a, comporte désormais une règle qui libère les jeunes salariés de l'obligation de cotiser sur les salaires minimes réalisés auprès de ménages privés. Cette adaptation répond au mandat donné par la Motion Schneider-Schneiter 14.3126 « Pas de cotisations AVS pour le baby-sitting et les activités domestiques », qui a pour objectif d'éviter aux ménages privés des charges administratives disproportionnées par rapport aux bénéfices sociaux qui pourraient en résulter pour des activités minimes irrégulières. Etant donné qu'en règle générale de tels emplois constituent de petites activités accessoires (revenus de « petits boulots ») pour les jeunes, le prélèvement de cotisations supplémentaires pour garantir une meilleure couverture d'assurance n'est pas nécessaire.

La limite d'âge est fixée à 25 ans, par analogie à la limite préexistante dans le droit des assurances sociales (art. 34d, al. 2, let. a, ch. 1) : jusqu'à l'âge de 25 ans, les étudiants sans activité lucrative, par exemple, ne doivent verser que la cotisation minimale (art. 10, al. 2, let. a, LAVS). La rente d'orphelin s'oriente également selon cette limite d'âge (art. 25, al. 5, LAVS). Il s'agit également de la limite d'âge utilisée dans le cadre des allocations de formation. L'expérience montre en effet qu'à l'âge de 25 ans, la plupart des jeunes ont terminé leur formation initiale et que ce n'est qu'ensuite que les salaires réellement déterminants du point de vue des prestations sont généralement réalisés.

Quant à la limite de revenus, elle est fixée à 750 francs par année civile (art. 34d, al. 2, let. a, ch. 2). Il s'agit ainsi d'exempter uniquement les revenus de minime importance et de ne toucher ainsi que les revenus de « petits boulots ». Par contre, les ménages privés doivent établir un décompte pour tous leurs autres employés afin de leur garantir un avoir de prévoyance du premier pilier.

Alinéa 2, lettre b

La règle relative aux artistes et acteurs culturels reste matériellement inchangée et est reprise dans une nouvelle lettre b de l'alinéa 2.

Article 131, alinéa 1 et 1^{bis}

(Procédure de la remise d'autres tâches)

Alinéa 1

Il s'agit d'une adaptation rédactionnelle de la version française. En effet, les trois versions linguistiques devraient compter le même nombre de phrases. L'al. 1 en français est donc légèrement modifié dans ce sens.

Alinéa 1^{bis}

La disposition règle la procédure d'autorisation collective d'autres tâches décrite dans les Directives sur la remise d'autres tâches aux caisses de compensation (DRAT, entrées en vigueur le 01.01.2014). Cette procédure a été introduite à la demande des Caisses de compensation professionnelles. Elle facilite aussi bien le travail des Caisses de compensation professionnelles que celui de l'office fédéral. La requête émise par le canton est autorisée collectivement pour toutes les caisses pour autant que cette requête se base sur une prescription cantonale attribuant une tâche à toutes les caisses de compensation actives dans le canton.

La procédure collective prévoit que la décision d'autorisation pour les autres tâches ne soit pas adressée à chaque caisse concernée. C'est pourquoi la décision d'autorisation sera publiée sur la plateforme d'information AVS/AI et sur le site d'application des assurances sociales de l'OFAS.

Article 148^{bis}

(Journal de trésorerie)

L'avis de situation selon l'ancien article 148^{bis} RAVS a été abrogé. A sa place, les Caisses de compensation tiennent un journal sur la détermination des disponibilités du Fonds de compensation ainsi que le montant effectivement transféré à la Centrale. Ce journal est mentionné au chiffre marginal 1004 des Directives sur la comptabilité et les mouvements de fonds des caisses de compensation (DCMF). Ce changement doit à présent être ancré au niveau de l'ordonnance.

Article 159

(Principe)

Les Caisses de compensation doivent être révisées deux fois par an, la première fois au cours de l'année et la seconde après la clôture de l'exercice. Les deux révisions sont annoncées au préalable. Les révisions sans avis préalable ne se pratiquent plus actuellement et ne sont plus nécessaires. C'est pourquoi l'expression «sans avis préalable» ne doit plus figurer à l'article 159 RAVS.